

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

30.6.1927 (No. 149)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postkontos
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. K. u. n. b.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstag 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassendebatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, zwangsweiser Beitreibung, und Kontroversen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Antikliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Amtlicher Teil

Konsularische Vertretungen

Der zum Vizekonsul bei dem Konsulat der Vereinigten Staaten von Amerika in Stuttgart ernannte Herr Hugh F. Ramsay und der zum stellvertretenden Vizekonsul bei dem Großbritannischen Generalkonsulat in Frankfurt a. M. ernannte Herr Thomas James Erskine Hasfoll sind zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen in Baden zugelassen worden.

* Der Fall Daudet

Die Befreiung des Pariser Royalistenhäuptlings Daudet aus dem Gefängnis hat mit Recht peinliches Aufsehen erregt und das französische Kabinett vorübergehend in eine unangenehme Lage gebracht. Denn die Befreiung war ja nichts Anderes, als eine Verhöhnung dieses Kabinetts und der von ihm geübten Justiz. Gleichzeitig enthielt der Akt aber eine politische Korruption im Banne der Ministerien selbst, wie sie schlimmer kaum gedacht werden kann. Das Gelingen der Befreiungsaktion war ja nur deshalb möglich, weil in den entscheidenden Ministerien so und so viele Royalisten saßen, die über alle Vorgänge unterrichtet waren und sich im gegebenen Moment auch der Telefonapparate zum Zwecke eines Handstreichs bedienen konnten. Die Klamage für das französische Kabinett war also eklatant. Und sie ist auch von den Mitgliedern des Kabinetts durchaus als solche empfunden worden. Eine wirkliche Kabinettskrise wird allerdings durch den Vorfall nicht heraufbeschworen werden. Zumal Herrn Poincarés Stellung keineswegs als erschüttert gilt. Er wird ruhig weiter amtieren. Daß die Pariser Regierung alles daran setzen wird, um die skandalösen Zustände in ihren eigenen Ministerien zu beseitigen, darf man wohl annehmen. Der ganze Vorfall zeigt ja wieder, wie gefährlich es ist, wenn man in die Ministerien als Beamte Reute aufnimmt, welche einer der Regierung feindlichen Partei angehören.

Andererseits sollte man die Bedeutung des Ereignisses auch nicht übertreiben. Ein großer Teil der deutschen Presse hat sich mit einer gar zu offenkundigen Schadenfreude auf die Meldungen gestürzt und sie in einer Weise glossiert, die beim Leser den Eindruck hervorrufen mußte, als ob in den Pariser Regierungsbehörden ein vollkommenes Chaos herrsche, und als ob Frankreich unmittelbar vor dem Untergang stehe. Das sind rechte Unfluthheiten. Und, wenn man gar die Befreiung Daudets mit dem Handstreich des Schusters von Köpenick vergleicht und meint, jener Streich sei durch den Pariser Vorfall in den Schatten gestellt, dann ist ein solcher Vergleich durchaus nicht berechtigt. Das, was sich in Paris zugetragen hat, kann schließlich einmal einer jeden Regierung passieren, die unvorsichtig genug ist, politische Gegner in wichtigen Stellungen zu lassen. Wir wollen doch nicht ganz vergessen, daß auch bei uns in den letzten Jahren schon mehrfach politische Gefangene — man denke nur an Herrn Ehrhardt — unter Umständen befreit worden sind, die für die Gefängnisbehörde gewiß nicht schmeichelhaft waren. Der Handstreich des Schusters von Köpenick dagegen beleuchtete mit der grellsten Lichtstärke ein ganzes System, ein System des Kadavergehorsams, ein System, welchem die Uniform alles und der Mensch nichts oder doch nur sehr wenig bedeutete. Der Handstreich von Köpenick könnte von einem großen Dichter zu einer prachtvollen Komödie ausgewertet werden, die Befreiung Daudets dagegen ist lediglich als Kapitel eines Kriminalromans zu benutzen, eines Kriminalromans mit politischem Einschlag.

Zudem darf nicht außer acht gelassen werden, daß der am meisten Heringefallene Herr Daudet selber ist. Wäre er hübsch in seinem Gefängnis geblieben, so wäre er vielleicht nach kurzer Zeit begnadigt worden. Jetzt dagegen hat er nur noch die Wahl, sich entweder reumütig und freiwillig selber zu stellen und dann natürlich seine fünf Monate abzusitzen, oder aber weiterhin unauffindbar zu bleiben und damit aus der politischen Arena, voni Felde seiner Tätigkeit ganz zu verschwinden.

27 Personen vor der Fremdenlegation bewahrt. In der Zeit vom 1. bis 15. Juni wurden 27 Personen, die den Weg zur Fremdenlegation durch die Pfalz nehmen wollten, von der deutschen Polizei und Gendarmen in Speyer festgenommen.

Stresemann über die Aufgaben der Völker

Im Grandhotel zu Oslo gab am Mittwochabend das Nobelkomitee ein Bankett für Dr. Stresemann und Gemahlin. Neben den Mitgliedern des Komitees und den deutschen Ehrengästen bemerkte man u. a. den Stortingpräsidenten, den Staatsminister Lyffe, Emanuel Nobel, Fridthoff Nansen, den deutschen Botschafter in Oslo, die Botschafter von Amerika und Frankreich, sowie führende Männer aus Wissenschaft, Technik und Industrie Norwegens. Nach einer Begrüßungsrede des Präsidenten des Nobelkomitees, Prof. Stang, führte Reichsaussenminister Dr. Stresemann u. a. aus:

Seit meiner Ankunft in diesem Lande habe ich von Stunde zu Stunde mehr empfunden, wieviel Gemeinsames unsere Völker verbindet. Die große Gemeinsamkeit des Schicksals unserer Völker und der Nationen überhaupt beruht nicht auf dem Gütertausch, sondern die Größe der Idee ist es, worauf es ankommt. Die Entscheidungen des Nobelkomitees hat verantwortliche Führer verschiedener Nationen zusammengeführt um des Strebens nach dem gleichen Ziele willen. Wir sprechen verschiedene Sprachen, aber wir verstehen uns in dem einen Gedanken, daß Gott die Völker nicht geschaffen hat, damit sie ihre Kultur gegenseitig zerstören, sondern damit sie ihre Völker in gemeinsamer Arbeit. Das deutsche Ministerium vom 9. Februar hat, Gott sei Dank, Menschen gefunden, die nicht geneigt waren, die Noten der Regierungen nur zu lesen, sondern mit dem Akten des führenden Politikers, der seine Phantasie, seine Auffassung von der Zukunft der Menschheit hineinlegt. Es ist eine ganz falsche Anschauung, die praktische Betätigung des Menschen habe mit der Phantasie nichts zu tun. Die Verbindung zwischen praktischer Betätigung und Phantasie sehen wir gebührend verflochten in dem großen Norweger Fridthoff Nansen. Es hat mich tief ergreift, daß die Männer des norwegischen Nobelkomitees, in dem, was mir als Ziel einer solchen Entwicklung vorschwebte, einen Klang ihrer eigenen Melodie gefunden. Dafür diesen zu danken, ist mir eine ernste Pflicht und ihnen zu sagen, daß mir diese Tage in meinem ganzen Leben unvergesslich sein werden.

Darauf wies Fridthoff Nansen eindringlich auf die Bedeutung Locarno als einen Zeitabschnitt einer neuen politischen Ära gegenseitigen Vertrauens und auf die Schwierigkeiten hin, die uns von diesem Ziele noch trennen. Der frühere Ministerpräsident und jetzige Vizepräsident des Stortings beachte ein Wort auf die deutschen Frauen und insbesondere auf Frau Dr. Stresemann aus. Zuletzt sprach Emanuel Nobel, der sich auf besondere Einladung des Nobelkomitees zu den dem Reichsaussenminister Dr. Stresemann zugebachten Ehrungen nach Oslo begeben hatte.

In seiner Rede im Festsaal der Universität zu Oslo dankte Reichsaussenminister Dr. Stresemann für die Verleihung des Nobelfriedenspreises, wobei er daran erinnerte, daß diese Auszeichnung eine Einheit in Bezug auf die Politik anderer Länder bildet. Er entwarf hierauf ein Bild der Geistesverfassung des heutigen Weltstand, in dem alles und neues nach Gestaltung ringt. Die deutsche Verständigungs- und Friedenspolitik wäre nicht möglich gewesen, wenn sie nicht einem tiefen Sehnen der deutschen Volksseele entsprossen hätte. Dem deutschen Volke sei es nach dem militärischen Zusammenbruch nicht leicht gemacht worden, den Weg der Verständigung zu beschreiten. Dr. Stresemann rief die Worte ins Gedächtnis, die Brand beim Eintritt Deutschlands in den Völkerbund sprach, daß die beiden großen Länder Deutschland und Frankreich sich in Zukunft nur im Wettbewerb um die großen idealen Ziele der Menschheit sehen sollten. Die letzten Reichstagsverhandlungen hätten bewiesen, daß die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes sich in dem Willen nach Frieden und Verständigung einig sei. Schließlich wandte sich Dr. Stresemann der Politik von Locarno zu, wobei er die Auffassung als richtig zurückwies, daß die deutsche Öffentlichkeit diese Politik nur unter dem Gesichtspunkte der Auswirkungen für Deutschland allein ansehe. Locarno bedeute viel mehr, da durch den Locarnovertrag einmal der Zustand des dauernden Friedens am Rhein gewährleistet sei und auch ferner eine Unterlage für das Zusammenwirken der Vertragsmächte zur Verbreiterung des Friedens sei. Mit dem Geiste von Locarno wäre es unvereinbar, wenn weiterhin auf Jahre hinaus fremde Bataillone auf deutschem Boden stehen würden. Die Politik von Locarno sei unvereinbar mit der Politik des Nichtausens, der Gewalt und der Unterdrückung; sie sei eine Politik der Verständigung, des freien Willens und des Glaubens an eine neue Zukunft.

Die Rede Dr. Stresemanns wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen. Professor Stang sprach als Präsident des Nobelkomitees dem Redner seinen Dank aus und der König beglückwünschte Dr. Stresemann persönlich. Vor der Universität wurden Dr. Stresemann von der harrenden Menge stürmische Ovationen dargebracht.

Geneute Vorlage der Erhöhung der Postgebühren? Wie eine Korrespondenz wissen will, wird der Reichspostminister dem Arbeitsausschuß des Verwaltungsrates Mitte der nächsten Woche erneut die Vorlage betreffend Erhöhung der Postgebühren vorlegen. Gehehere Änderungen seien gegenüber dem zurückgegangenen Entwurf nicht vorgenommen worden. Die Verwaltungsratsitzung soll in den nächsten Tagen stattfinden.

Deutsche Ferienkinder in Frankreich. Unter der Führung eines Lehrers trafen in Paris 20 deutsche Austauschkinder zum Ferienaufenthalt in Frankreich ein. Es handelt sich um ein Unternehmen der französischen und deutschen Liga für Menschenrechte.

Mit der Beilage: Badische Wohlfahrtsblätter Nr. 4

Der Jahresbericht des Gewerbeaufsichtsamtes

III. (Schluß.)

Die soziale Lage der Angestellten.

Wie im letztjährigen Bericht, wird auch diesmal einer sozial überaus wichtigen Schicht unserer Bevölkerung, den Angestellten in den Gewerbe-, Handels- und Industriebetrieben, ein besonderes und eingehenderes Kapitel gewidmet. Das ist nur zu begrüßen! Es wurden an 900 reine Handelsbetriebe — ohne die Besichtigungen der Büros der Fabriken — besichtigt. Dabei wird allerdings im Bericht gesagt, daß sowohl Arbeitgeber wie Arbeitnehmer über Zweck und Ziel der Gewerbeaufsicht sehr wenig unterrichtet seien; in einer größeren Eisenhandlung habe der Betriebsleiter seine Mitwirkung bei der Revision tuzerhand verweigert und erklärt: „Ich gehe nicht mit; wenn einer meiner Angestellten Lust dazu hat, habe ich nichts dagegen.“

Andererseits bemerkt der Bericht, daß die gleiche Verständnislosigkeit auch bei den Angestellten hinsichtlich ihrer Betriebsvertretung zu finden sei; in kleineren und mittleren Betrieben wäre nur selten ein Angestelltenrat anzutreffen. Die Angestellten hätten in mehreren Fällen das Vorhandensein des Betriebsrats als überflüssig bezeichnet.

Die Arbeitszeit ist für die überwiegende Zahl der Handelsbetriebe tarifvertraglich geregelt, aber die Angestellten wurden häufig zu überstunden herangezogen, so daß eine Arbeitszeit von 54 und 60 Stunden in der Woche keine Seltenheit war. Allerdings lassen die meisten Tarifverträge für das Handelsgewerbe weitgehende Überstunden zu. In einem größeren Konfektionsgeschäft wurde sogar festgestellt, daß die Angestellten ohne jede Vergütung erhebliche Überstunden machen mußten.

Das Offenhalten der Läden auf dem Lande.

Zahlreiche ländliche Gemeinden wollten mit Rücksicht auf die Landwirtschaft das Offenhalten der Läden bis über 7 Uhr abends hinaus herbeiführen. Auch der Einzelhandel hatte das Bestreben, eine Lockerung der Sonntagsbestimmungen herbeizuführen. Seitens mehrerer Gemeinden wurde Vermittlung der Handelskammer der Antrag gestellt worden, an jedem Sonntag während der Dauer von zwei Stunden in ihrem Bezirk den Verkauf allgemein zuzulassen. Das Gewerbeaufsichtsamtsamt ist solchen Bestrebungen stets entgegengetreten. Auch die städtischen Kaufleute befürchteten von der gelockerten Sonntagsruhe auf dem Lande eine Abwanderung ihrer Kundschaft. Ebenso wurde im Landtag der Standpunkt vertreten, daß die Sonntagsheiligung ein wertvolles Gut sei, das nicht durch die Gewinninteressen kleiner Kreise zerstört werden dürfe.

Die älteren Angestellten.

Der Bericht bestätigt, was in der letzten Zeit schon öfter in sozialpolitischen Kreisen unseres Landes behauptet worden ist: Die Notlage der älteren Angestellten! Diese sind in starkem Maße der Erwerbslosigkeit anheimgefallen. So waren in einem Bankhaus einer größeren Stadt durch Einführung sogenannter Stromaschinen die meisten über 40 Jahre alten Angestellten entlassen worden. Das Gewerbeaufsichtsamtsamt hat in 895 Betrieben mit 10 940 Angestellten ihre Altersgliederung untersucht und gelangte zu der Schlußfolgerung, daß die Verhältnisse hinsichtlich der Altersgruppierung umso besser sind, je größer der Betrieb ist.

Rund 180 000 erwerbstätige Frauen in Baden

Die Zahl der erwerbstätigen Frauen vermehrt sich von Jahr zu Jahr. Für das Jahr 1926 wird festgestellt, daß in der Industrie Badens beschäftigt sind 126 754 Frauen, im Handel und Verkehr einschließlich Gast- und Schankwirtschaften 53 427, zusammen 180 181 Frauen. Daß sich daraus schwere soziale und sittliche Nöten ergeben, liegt auf der Hand. Der Bericht weist auf Abhilfemaßnahmen hin. Er sagt: „Wohl die beste Möglichkeit, der verheirateten Arbeiterin ihre doppelte Aufgabe als Arbeiterin und Frau und Mutter zu erleichtern, ist darin zu erblicken, ihr durch Errichtung von Kinderkrippen, Kleinkinderschulen und Kinderhorten die Sorge für die Beaufsichtigung ihres Kindes während der Dauer ihrer Abwesenheit vom Hause abzunehmen. Die Tatsache, daß die Arbeiterin die Pflege ihres Kindes, die höchste Aufgabe einer Mutter, fremden Händen überlassen muß, eine Sorge, die die freie Entfaltung ihrer Kräfte bei der Arbeit hindert, bedeutet für sie eine Erschwerung ihres Arbeitsverhältnisses. Solange aber Industrie, Handel und Landwirtschaft die Mitarbeit der Frau nicht entbehren können, solange die wirtschaftliche Lage unseres Volkes, die Einkommensverhältnisse des Mannes, es der Frau und Mutter nicht gestatten, ohne Erwerbsarbeit sich voll und ganz ihrem Hauswesen, der Pflege ihrer Kinder zu widmen, haben Arbeitgeber, Staat und Gemeinden die Pflicht, der arbeitenden Mutter ihre Aufgabe nach Möglichkeit zu erleichtern. Das Bad. Gewerbeaufsichtsamtsamt hat von jeher die Fürsorge für das Kind der arbeitenden Frau in seinen Aufgabenkreis einbezogen. Eine von ihr gemachte Zusammenstellung der in Baden vorhandenen Kleinkinderschulen läßt erkennen, daß in den Großstädten Badens im allgemeinen für die noch nicht schulpflichtigen Kinder genügend Unterkunftsmöglichkeiten für die Tagesstunden geboten sind, dagegen gibt es noch viele kleinere Landgemeinden mit größerer Zahl erwerbstätiger verheirateter Frauen, die teils aus Geldmangel, teils aus mangelndem Verständnis die Errichtung von Kinderschulen bis jetzt unterlassen haben.“ Der Beschäftigung schwangerer Frauen in gewerblichen Betrieben wurde besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

Der badische Bergbau.

Er wird oft als geringfügig hingestellt, aber der Bericht sagt uns doch, daß im Jahre 1926 in Baden 39 bergbauliche

Anlagen im Betrieb waren, wodurch 1990 Arbeiter beschäftigt wurden. Natürlich steht das bekannte Kalifalbergwerk der Gewerkschaft Baden in Ruggingen, Amt Rühlheim, an welchem der badische Staat finanziell beteiligt ist, im Vordergrund des bergbaurischen Interesses. Die Produktionszahlen zeigen auch von der guten Entwicklung einiger Bergbauzweige in Baden. Es wurden gefördert im Jahre 1913 59 707 Tonnen, 1925 aber 378 782 Tonnen.

Über die Zahl der Unfälle wird mitgeteilt, daß dem Bergamt im Jahre 1926 insgesamt 218 Unfälle gemeldet worden sind; darunter waren 4 tödlich. Erstmals ist dem Bericht eine Unfallstatistik beigegeben und die Lehre daraus gezogen, daß eine planmäßige Ausbildung und Schulung der Arbeiter für den Bergbau für die Grubensicherheit von größter Bedeutung ist, zumal auch das Grubenrettungswesen noch in der Entwicklung begriffen sei.

Zusammenfassung.

Der Bericht des Gewerbeaufsichtsamtes für 1926 ist eine Fundgrube sozialer und wirtschaftlicher Begebenheiten; er spiegelt das wertvolle Leben unseres Volkes getreu wieder und erleichtert das Verständnis für die wirtschaftliche Entwicklung Badens. Sein eingehendes Studium kann nur empfohlen werden.

Ein Vortrag Dr. Dorpmüllers

Im nächsten Frühjahr wird es auch in Deutschland Pullmanwagen geben. Die Frage einer allgemeinen Beschleunigung der Züge wird geprüft. Gesellschaftsreisen auf europäischen Eisenbahnen, stehen in Aussicht.

Das sind aus dem Vortrag, den der Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft Dr. Dorpmüller auf Einladung der Weltwirtschaftlichen Gesellschaft in Berlin hielt, drei besonders zeitgemäße Anknüpfungen.

Dr. Dorpmüller ging aus von einem geschichtlichen Rückblick auf die ersten innerdeutschen Anfänge eines Zusammenflusses im Eisenbahnwesen, die zielbewußt und weitgehend die Grenzen der Kleinstatelei schon lange vor der politischen Einigung überwand, und zeigte dann, wie diese Entwicklung auch an den fremden Grenzen nicht halt machte. Technische Verständigung, einheitliche Beförderungsbestimmungen, Austausch von Wagen, gemeinsame Statistik, sind die praktischen Voraussetzungen, auf denen sich im letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts eine enge Einheitspolitik des europäischen Eisenbahnverkehrs aufgebaut hat. Fern blieben ihr nur Rußland und Spanien infolge ihrer breiteren Spurweite, und Großbritannien, das übrigens im eigenen Lande mit den Schwierigkeiten verschiedener Spuren zu kämpfen hat. Welche Hemmnisse technische Verschiedenheiten bedeuten, das hat besonders die Kriegs- und Nachkriegszeit gelehrt; müssen doch heute die in der Heimat links fahrenden französischen Bahnen in Elsass-Lothringen noch immer rechts fahren.

Eine sehr große Zahl von Organisationen ist im Laufe der Jahre entstanden, um diese Vereinheitlichungen durchzuführen und zu fördern, von dem 1847 gegründeten Verein Deutscher Eisenbahnverwaltungen bis zum Internationalen Eisenbahntransport-Komitee und der Europäischen Fahrplankonferenz. Der ebenfalls schon vor dem Kriege bestehenden Internationalen Eisenbahn-Kongress-Vereinigung in Brüssel gehört Deutschland heute noch nicht wieder an, was im Interesse der wissenschaftlichen Forschungsarbeit dieser Organisation zu bedauern ist.

Die Nachkriegszeit hat dann noch zwei große Neuorganisationen gebracht; die Verkehrskommission des Völkerbundes, in der Deutschland schon seit 1921 mitwirkt, und deren Konferenzen der Freiheit der Verkehrswege gelten, und namentlich den auf der Wirtschaftskonferenz in Genue 1922 entstandenen Internationalen Eisenbahnverband, der alle europäischen und die großen asiatischen Bahnen vereint; so umfaßt er 330 000 Kilometer Eisenbahnen.

In ihm und seinen zahlreichen Ausschüssen hat Deutschland dank der Größe seines Bahnnetzes starken Einfluß, es stellt den zweiten Vorposten. Zu den bisherigen Erfolgen dieses sehr tätigen Verbandes gehört die 24-Stunden-Zeit, die Schaffung direkter Personentarife, die Vereinheitlichung der Schranken und Warnungssignale und nicht zuletzt die Anerkennung der deutschen Künze-Knorr-Bremse auf allen europäischen Linien; unter seinen gegenwärtigen Arbeiten ist die schon erwähnte Schaffung europäischer Gesellschaftsreisen. Der Vortragende verweilte dann bei den sehr komplizierten Tariffragen und verteidigte sehr lebhaft die Durchfahrtspreise, die für die deutsche Wirtschaft unschädlich seien. Im Schlußteil seiner Rede kam er dann auf die Anstrengungen der Reichsbahn, den gesteigerten Ansprüchen der Allgemeinheit gerecht zu werden. Im Güterverkehr sei das in weitgehendstem Maße gelungen namentlich dank der selbsttätigen Bremse und den 60-Tonnen-Großraumwagen; im Personenverkehr sei man unablässig bemüht, Paß- und Zollkontrolle wird immer mehr in die Züge verlegt und vereinfacht, selbst Visa werden schon über einzelne Grenzen im Zuge erteilt. Die Wagen der schnellen Züge werden in ihrer Konstruktion verstärkt, damit sie Unfällen widerstehen können, die Einführung von Pullmanwagen nach dem Vorbild anderer europäischer Bahnen ist eingeleitet.

Was die größere Schnelligkeit auf ausländischen Bahnen angeht, so wies der Vortragende darauf hin, daß gemäß beispielsweise auf französischen Strecken bis 180 Stundenkilometer erreicht werden, daß sich bei dieser Fortschritt aber die Verspätungen häufen, die die deutsche Bahn durch eine Reserve an möglicher Steigerung des Tempos ausgleicht. Und er wies auf die Rücksichtslosigkeit der Linienführung um des Zeitgewinnes willen hin; so fährt der Paris-Nizza-Express an Marseille vorbei, weil es eine Kopfstation ist — was gefährlich in Deutschland, wenn man etwa aus diesem Grunde einen wichtigen Zug Frankfurt a. M. „schneiden“ ließe?

Zum Schluß betonte Dr. Dorpmüller die Notwendigkeit guter internationaler Beziehungen und teilte mit, daß mit einer Reihe von Staaten ein Austausch von Beamten erfolgt, die draußen mehrere Jahre im praktischen Dienste arbeiten. (Voss. Ztg.)

Ein Porträt Hindenburgs im Reichskanzlerpalais. Der Reichskanzler hat zur Ausschmückung des Reichskanzlerpalais ein lebensgroßes Porträt des Reichspräsidenten von Hindenburg bestellt. Das Gemälde ist zur Aufstellung im Rabinettstischsaal geplant, wo sich seit kurzem auch das Porträt des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert befindet.

„Das junge Deutschland“. Der Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände, die Spitzenorganisationen der großen Verbände der Jugendbewegung und Jugendpflege aller Richtungen, — dem augenblicklich 90 Reichsjugendorganisationen mit mehr als 8 1/2 Millionen Mitgliedern angehören — veranstaltet in der Zeit vom 12. August bis 26. September d. J. im Schloß Bellevue in Berlin unter dem Namen „Das junge Deutschland, Ausstellung der deutschen Jugend“, eine Ausstellung über die gegenwärtige bevölkerungspolitische, soziale, gesundheitliche und kulturelle Lage der deutschen Jugend.

Politische Neuigkeiten

Das Fürstenabfindungs-Sperregesetz

Der Reichsausschuß des Reichstages verhandelte am Mittwoch über den sozialdemokratisch-demokratischen Antrag betreffend die Verlängerung des Sperregesetzes für die Fürstenabfindungsprozesse. Staatssekretär Zweigert teilte mit, daß die Abfindungen noch nicht erledigt sind in Sachsen-Koburg, Schwarzburg, Altenburg, Gotha, Mecklenburg-Schwerin, Lippe-Deimold und Mecklenburg-Strelitz. Mecklenburg-Strelitz habe erklärt, daß es keine Erledigung im Vergleichswege, sondern im Rechtswege wünsche. Sehr intensiv sei die Vermittlungstätigkeit des Reichsinnenministeriums gewesen und sie habe zu Vergleichsangeboten geführt, denen gegenüber sich die Fürstenhäuser nicht ablehnend verhielten. Eines der in Betracht kommenden Fürstenhäuser hätte eine schriftliche Erklärung dem Innenministerium abgegeben, in der es seine Bereitwilligkeit erklärt habe, die Wirkung des Sperregesetzes bis zum 31. Dezember d. J. vertragsmäßig gegen sich gelten zu lassen. Eine Verlängerung des Sperregesetzes sei deshalb nach Ansicht der Reichsregierung sachlich überflüssig. Eine gesetzliche Sperre werde von den Fürstenhäusern als Ausnahmegebot empfunden und werde die Atmosphäre der Vergleichsverhandlungen ungünstig beeinflussen. Die Vertreter von Thüringen, Mecklenburg-Schwerin und Hessen erklärten sich für eine Verlängerung der Sperrefrist durch das Reich. Der Vertreter von Preußen erklärte, an einer solchen Verlängerung kein Interesse zu haben.

Reichsjustizminister Berg bedauert, daß 1 1/2 Jahre verlossen seien, ohne daß eine Einigung erfolgt sei. Jedes Sperregesetz sei ein Eingriff in die Rechtsordnung. Bei den Fürstenabfindungen spielten politische Gesichtspunkte mit, da sie eine Folge der Staatsumwälzung seien. Anders sei es bei den Standesherrn. Der Minister bittet, die Verlängerung des Sperregesetzes bezüglich der Fürsten nicht zu beschließen; bezüglich der Standesherrn stelle er die Entscheidung anheim. Ministerialrat Meyer-Kreuzen äußert Bedenken gegen eine etwaige gesetzliche Einsetzung eines Schiedsgerichtes, denn bei diesen standesherrlichen Ansprüchen handele es sich um Renten für Aufgabe von Rechten, die heute antiquiert seien.

Abg. Barth (Dn.) erklärt, daß seine Fraktion mit aller Entschiedenheit eine Verlängerung des Sperregesetzes ablehne.

Abg. Schulze (Dn.) bedauert, daß die Ablehnung der Verlängerung des Sperregesetzes durch die Deutschnationalen in einer so harten Form geschehen sei.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) betont, daß er es als des Reichstages unwürdig empfinde, wenn der Reichstag auf das Recht der Gesetzgebung verzichte und den Weg des Vergleichs vorziehen würde.

Ministerialrat Dr. Edward-Hessen vertritt den Standpunkt, daß der soz. und demokratische Antrag das Mindeste darstelle, was die Länder verlangen müßten.

In der Abstimmung wurde der sozial-demokratische Gesetzentwurf mit 15 gegen 11 Stimmen (also nicht mit Zweidrittelmehrheit) angenommen. Dafür stimmten Zentrum, Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten, dagegen die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei und die Völkische Volkspartei.

Reichsminister Dr. Curtius über Konjunkturforschung

Anlässlich der Jahrestagung des Instituts für Konjunkturforschung sprach Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius in einem Vortrage über die wirtschaftliche Selbstkenntnis über Aufgaben und Grenzen der Konjunkturforschung. Er führte etwa aus: Die Reichsregierung betrachtet die Pflege der Konjunkturforschung als einen weiteren Schritt in der Richtung der Rationalisierung der Wirtschaft. Bisher erstreckte sich die Rationalisierung in erster Linie auf Organisation der Betriebe. Aber auch die komparative Tätigkeit, insbesondere die Wirtschaft- und Wirtschaftspolitik, die Kreditpolitik der Unternehmen bedürfe einer methodischen Grundlage — eine Notwendigkeit, die man in Amerika seit langem erkannt habe. In einer Reihe von Beispielen wies der Vortragende darauf hin, wie sehr es darauf ankomme, den Zusammenhang zwischen dem Schicksal des einzelnen Unternehmens und dem Schicksal der Volkswirtschaft rechtzeitig zu erkennen. Die Konjunkturpolitik befände sich freilich noch in den Anfängen. Man sei von der Betrachtung der Symptomatik noch nicht zu einer umfassenden Ursachenforschung vorgegangen. Eine Überlässigkeit der wirtschaftlichen Diagnosen und Prognosen sei ein Jbel. Daß man diesem Jbel aber immer näher käme, lasse sich schon jetzt aus den Arbeiten des Instituts ersehen. Der Minister schloß mit dem Dank der Reichsregierung an die Leitung des Instituts.

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen

Sind Mittwoch nachmittag wieder aufgenommen worden. Nach Beendigung der Sitzung ist folgendes gemeinsame Communiqué der Presse übermittelt worden: Die vorläufigen Abkommen über den Warenverkehr zwischen Deutschland und Frankreich und zwischen dem Saargebiet und dem deutschen Zollgebiet trafen am 30. Juni Mitternacht ab.

Trotz wiederholter Vorstellungen der französischen Regierung hat die deutsche Regierung dieser zu ihrem Bedauern nicht zustimmen können, daß sie sich aus technischen Gründen auf eine Abmachung einlassen würde. Die beiden Delegationen haben aber in den heutigen Verhandlungen mit Befriedigung ihr gegenseitiges Einverständnis über die Verhandlungen über alle auf gleicher Grundlage wie bisher abzuführenden vorläufigen Handelsabkommen festgesetzt, die bis zum 15. Juli 1927 abzuschließen und ihren künftigen Parlämenten vorzulegen hätten. Am in dem Warenverkehr abzuweisen dem Saargebiet und dem deutschen Zollgebiet keine Einwirkung eintreten zu lassen, haben sie sich entschlossen, sobald wie irgendmöglich eine Verlängerung des Saargebietens vom 7. August und 6. November 1926 vorzunehmen.

Das Berliner Zentrum für Dr. Wirth

In einer am Mittwoch Abend abgehaltenen Versammlung der Delegierten der Berliner Zentrumspartei wurde nach einem Vortrage von Dr. Wirth folgende Entschliebung angenommen:

„Die am 29. Juli in den Kammerjahren zahlreich versammelten Delegierten und Vertrauensleute des Provinzialverbandes Berlin der deutschen Zentrumspartei sprechen Reichskanzler a. D. Dr. Wirth ihr uneingeschränktes Vertrauen aus. Sie bitten Dr. Wirth, sein mächtiges Wirken für den sozialen republikanischen deutschen Volksstaat unbeirrt fortzusetzen zu wollen. Die Berliner Zentrumsbundgenossen versprechen Dr. Wirth, ihn in seinem Kampfe für die soziale Republik auch in Zukunft tatkräftig zu unterstützen.“

Polnische Spione hingerichtet. Zwei polnische Spione, die auf dem Gebiet der Sowjetunion Spionage verübten zugunsten des westpolnischen Generalstabes, wurden in einem außerordentlichen Verfahren des Gerichtshofes in Schumir (Wolhynien) zum Tode verurteilt. Das Urteil ist bereits vollstreckt.

Die Not der Schuldner von Roggenpfandbrief-Darlehen

Die erhebliche Steigerung der Getreidepreise bringt diejenigen Gläubiger von Pfandbriefdarlehen in große Verlegenheit, die ihre Schuld feinerzelt in Roggen eingegangen sind und nun diese Schuld auch in dem viel teurer gewordenen Roggen verzinsen und tilgen müssen. Gläubiger dieser Roggenpfandbriefdarlehen sind in der Regel landwirtschaftl. Kreditinstitute oder Hypothekenbanken, die ihrerseits wieder Roggenpfandbriefe in entsprechender Höhe in den Umlauf gebracht haben. Schuldner sind fast durchweg Landwirte; für die diese Art der Verschuldung heute eine schwere Belastung bedeutet.

Nach Erhebungen des Instituts für Konjunkturforschung sind in Deutschland zur Zeit noch insgesamt 10 294 Roggenpfandbriefdarlehen vorhanden, die mit rund 19,2 Millionen Renten Roggen belastet sind. Bei einem Durchschnittspreis von 10 Mark für den Zentner bedeutet das eine Belastung von 200 Millionen Mark. Hieraus folgt, daß heute noch etwa der achte Teil der gesamten landwirtschaftlichen Verschuldung aus Roggenpfandbriefen besteht.

Im Reichstagsauschuß für Volkswirtschaft ist kürzlich darüber beraten worden, wie man diesen Roggenpfandbriefdarlehen helfen könne. Man ist bemüht, die Ablösung der Roggenpfandbriefe und ihre Umwandlung in Goldschulden möglichst zu erleichtern, indem man die Kreditinstitute veranlaßt, die Ablösungsprovisionen in solchen Fällen nicht zu erheben oder wesentlich herabzusetzen. Aber die Umwandlung der Roggenpfandbriefe in Goldschulden bedeutet oft teils an der allgemeinen Schwierigkeit der Beschaffung von Realitäten, teils an der Notwendigkeit, die Roggenpfandbriefe zur Zustimmung zu veranlassen. Man erwägt den Erlaß einer Verordnung, nach der diese Zustimmung durch ein schriftlich festgesetztes Verbot der Roggenpfandbriefe durch die Umwandlung der Roggen- in Goldschulden nicht geschädigt werden.

Infolge der hohen Roggenpreise sind auch viele Schuldner von Roggenpfandbriefen nicht infamde gewesen, ihre Pfenden in Roggen oder entsprechenden Gelddarlehen zu leisten. Es sind infolgedessen erhebliche Zinsrückstände aufgelaufen. Die Reichsregierung hat es grundsätzlich abgelehnt, für diese Fälle ein generelles Moratorium zu erlassen. Sie versucht jedoch, auf die Kreditinstitute dahin einzuwirken, daß bei derartigen Zinsrückständen nicht rigoreus vorgegangen und nicht etwa zur Substitution geschritten wird. Besondere Mittel zur Hilfe für die Roggenpfandbriefschuldner glaubt die Reichsregierung nicht zur Verfügung stellen zu können, weil hierzu recht erhebliche Summen notwendig wären. Das letzte Wort in dieser Angelegenheit scheint jedoch noch nicht gesprochen zu sein.

Berufsschulturne für Schulentlassene

Im Reichstagsauschuß für Volkswirtschaft ist kürzlich über den Antrag gestellt worden, für alle Schulentlassene ein bis zweijährige Berufsschulturne als Pflichtturne einzurichten, die gleich der Volksschule unentgeltlich sein sollen. Außerdem wurde vorgeschlagen, daß den Jugendlichen, die die Berufsschulen besuchen, aus Reichsmitteln wirtschaftliche Beihilfen gewährt werden. Der Reichstag hat sich nicht entschließen können, eine so weitgehende und so tief in das Erwerbsleben der Jugendlichen eingreifende Maßnahme zu beschließen. Dagegen hat er in einer Resolution an die Reichsregierung das Ersuchen gestellt, mit den Ländern in Verhandlungen über eine reichsgesetzliche Regelung des Berufsschulturnes einzutreten. Außerdem sollen Reichs- und Staatsmittel für die Jugendpflegearbeit an den erwerbslosen Schulentlassenen zur Verfügung gestellt werden. Mit diesen Mitteln soll vor allem die berufliche Ausbildung und Fortbildung der zahlreichen erwerbslosen Jugendlichen gefördert werden. Dabei ist die berufl. Fortbildung ebenso sehr ins Auge gefaßt, wie die staatsbürgerliche Erziehung und die körperliche Erhaltung der schulentlassenen Erwerbslosen. Angesichts des heute schon vielfach zu beobachtenden Mangels an gelerntem Facharbeitern wäre es wünschenswert, daß ein Teil der vom Reich zur Verfügung zu stellenden Mittel auch zur handwerklich-mechanischen Schulung erwerbsloser, ungelerner Jugendlichen verwendet würden, indem deren Eltern Zuschüsse gewährt werden, wenn sie ihre Kinder eine ordentliche Handwerkslehre durchmachen lassen, wenn sie aus eigenen Mitteln hierzu nicht in der Lage sind.

Ein neuer Transoceanflug. — Brief an den Reichspräsidenten. Der amerikanische Flieger Byrd ist Mittwoch Vormittag kurz nach 4 Uhr (9 Uhr mitteleuropäische Zeit) zum Flug nach Paris gestartet. Dieser Flug ist der erste offizielle amerikanisch-europäische Postflug. Unter den Briefen, die er nach Europa mitnimmt, befinden sich Briefe des New Yorker Bürgermeisters Walter an den Stadtrat von Paris, den Bürgermeister von London und vor allen Dingen an den deutschen Reichspräsidenten v. Hindenburg. Der Brief an Hindenburg lautet: „Diese Postkarte wird Ihnen durch Flugzeug „America“ unter Befehl des Kommanders Byrd, der United States Navy bei dem ersten Postflug über den Atlantik, unternommen durch die amerikanische Regierung, überbracht. Sie soll die hohe Achtung und Verehrung, die ich persönlich und die Bevölkerung der Stadt New York für Sie und das deutsche Volk haben, ausdrücken, und wir hoffen, daß diese Gefühle besonderen Nachdruck erhalten durch die Tatsache, daß sie mit der ersten offiziellen Post befordert werden, und daß die Beziehungen zwischen unseren beiden Völkern an Aufrichtigkeit und Freundschaft zunehmen.“

Vertagung der französisch-belgischen Handelsvertragsverhandlungen. Nach einer vom „Reit Journal“ verbreiteten Meldung werden wegen der Werbung in den deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen die belgisch-französischen Vertragsverhandlungen auf mehrere Monate vertagt werden.

Eine Verhaftung, aber keine Klärung im Falle Daudet. Der Chefredakteur der „Action Francaise“, Bujo, ist in seiner Wohnung verhaftet worden. Es ist dabei zu keiner Zwischenfall gekommen. In den Räumen der „Action Francaise“ wurden die Durchsuchungen fortgesetzt. Die Belgische Telegraphenagentur gibt unter allem Vorbehalt die Nachricht wieder, daß Léon Daudet in Begleitung zweier Freunde im Auto in Ramur eingetroffen sei. Von dort sei er im Laufe des Nachmittags in Richtung Brüssel weitergereist.

Der amerikanische Pazifikflug San Francisco—Honolulu ist glücklich. Die Ozeanflieger Maitland und Pegeermann wurden mit großer Begeisterung von einer gewaltigen Menschenmenge begrüßt. Sie haben die Entfernung von 2400 Meilen in 28 Stunden zurückgelegt.

Die Sonnenfinsternis vom 29. Juli. Die Nachrichten aus dem Gebiet der Totalfinsternis sind sehr günstig. Die deutsche Lapland-Expedition, entsandt von der Hamburger Sternwarte, berichtet über sehr günstige Ergebnisse, die sie bei Beobachtung der totalen Sonnenfinsternis erzielt hat. In England bot die Sonnenfinsternis ein glänzendes Schauspiel. Das Licht nahm eine graue und dann eine blaue Färbung an, die Temperatur sank, es wurde kalt, als der große Schatten über die Erdoberfläche glitt. Die völlige Finsternis dauerte 29 Sekunden. Bevor es dann hell wurde, sah man einen wunderbaren Kranz von goldenen und silbernen Strahlen.

Kündigung von Regimentsfeiern im besetzten Gebiet

St. Mainz, 30. Juni. Wie f. B. gemeldet, war der Regimentsführer der „Pfälzischen Hundsbau“ von dem Militärpolizeigericht in Landau wegen der Veröffentlichung von Ankündigungen von Regimentsfeiern zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Gegen diese Verurteilung legte er Berufung ein, die gestern vor dem hiesigen Appellationsgericht, Hof zur Verhandlung kam. Der Staatsanwalt beantragte im Gegensatz zu dem Landauer Gericht die Freisprechung aus formalen Gründen. Rechtsanwalt Dr. Führ widerlegte in seinem Plädoyer zunächst diese Auffassung des Staatsanwaltes und beantragte im Gegensatz zum Staatsanwalt die Freisprechung nicht aus formalen, sondern aus materiellen Gründen. Das Gericht schloß sich der Ansicht des Staatsanwaltes an, fügte jedoch hinzu, daß in Zukunft alle derartigen Hinweise unter Strafe gestellt würden.

Englische Auskunft über die Befehung in Deutschland und die Ostbefestigungen

In der Unterhausung am Mittwoch erklärte in Beantwortung einer Frage Lord Lampton es verlaute, daß die Einfuhr von Waffen und Munition aus Rußland nach Deutschland, die im Widerspruch zum Verträge von Versailles stehe, jetzt aufgehört habe. Er glaube, daß diese Transaktionen zwischen untergeordneten Stellen stattgefunden hätten und von der deutschen Regierung nicht gebilligt worden seien. Sollten irgendwelche weitere Schritte gegen den Vertrag in dieser Beziehung ergriffen werden, so könnte die Frage zur Kenntnis des Völkerbundesrats gebracht werden. Auf eine weitere Frage, ob er in der Lage sei, für die Beendigung der Befehung des von den Alliierten besetzten deutschen Gebietes ein Datum anzugeben und ob diese Angelegenheit in Genf erörtert worden sei, oder erörtert werde, erwiderte Lord Lampton: Was den ersten Teil der Frage betrifft, so lautet die Antwort verneinend. Was den zweiten Teil betrifft, so möchte ich den Fragesteller bitten, seine Frage vorzubringen, wenn der Staatssekretär des Äußeren zurückkehrt.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung fragte Harris, ob die Befestigungen in Ostpreußen zur Zufriedenheit der Militärkontrollkommission zerstört worden seien. Lord Lampton erwiderte: Die Zerstörung der Befestigungen in Ostpreußen ist fürzlich in Genf Gegenstand einer Unterredung mit der deutschen Regierung gewesen. Der Fragesteller sollte die Frage vorlegen, wenn Chamberlain zurückgekehrt sei. Lord Lampton fügte hinzu: Ich möchte beiläufig bemerken, daß die Militärkontrollkommission Ende Januar aus Deutschland zurückgezogen worden ist und nur wenig Sachverständige in Berlin geblieben sind, die den in Frage kommenden Befehungsbereich begeben sind. Lord Lampton erklärte dann noch auf eine weitere Frage, daß Chamberlain die Fragen am Montag beantworten werde.

Der Marsch auf Peking

W. W. Schanghai, 30. Juni. Ein Junkspruch aus Hankau besagt, daß auf das Ultimatum Tschangtschais und Fenchungs alle Angehörigen der Somjetunion, soweit sie nicht beim sowjetrussischen Konsul beschäftigt sind, das Land innerhalb 24 Stunden verlassen müssen. Die Abreise vorwärts, des sowjetrussischen Betreters der Hanlauregierung, wurde für gestern Abend erwartet. Weitere Nachrichten melden, daß General Fench, die Truppen Tschangtschais an der Bahnlinie Peking-Hankau zurückgeworfen hat. Zu gleicher Zeit marschiert General Tschang an der Bahnlinie Peking-Hankau entlang auf Peking.

Das deutsch-englische Luftverkehrsabkommen wurde im Berliner Auswärtigen Amt unterzeichnet.

Der Kampf um die Oberbeinregulierung. Der Finanzausschuss des französischen Senats hat beschlossen, sich für die Annahme des Gesetzentwurfs über die Regulierung der Rheinfälle bei Kembs vorbehaltlich geringer Abänderungen günstig auszusprechen.

Berichtigung Krookis und Sinowjews nach der Krim. Nach Meldungen aus Moskau hat das politische Büro des Zentralkomitees beschlossen, Krookis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit nach Sibirien zu verschicken. Krookis hat sich jedoch geweigert, Moskau zu verlassen. Sinowjew soll ebenfalls nach der Krim verschickt werden.

Die amerikanischen Ozeanflieger Chamberlin und Levine haben verschiedene Orte in der Schweiz besucht. Sie flogen von Basel aus nach Paris weiter.

Aufgeklärtes Flugzeug. Ein Luftdampfer, der den Dienst zwischen Spanien und Spanisch-Marokko versieht, hat auf hoher See ein spanisches Militärflugzeug angetroffen, dessen Steuerbaum bereits voll Wasser war. Die Befehung sah sich am Ende ihrer Kräfte.

Der Orbis Terrarum

Von Herrns Freiherrn v. Münchhausen.

Es ist erstaunlich, wie die deutschen Verleger trotz der entsetzlichen Niederlage aller kulturellen Belange und insbesondere des Buchhandels immer noch zu größeren, gediegeneren, unaffänderen Ausgaben schreiten. Eugen Diederichs gigantischer Plan, das gesamte Wissen um die deutsche Volkheit in Hunderten von Bänden herauszugeben, steht an der Spitze dieser Pläne, und man möchte schwärzen vor dieser Fahrt in ein stürmischerwähltes Meer, wenn nicht die Persönlichkeit der Meeres-Gewalt für Seligen gäbe. Aber auch weitere Werke werden mehr als früher auf den Markt gebracht — erst kürzlich konnte ich die schönen Tiefdruckwiedergaben Dorés besprechen, die Josef Müller in München herausbringt. Zu ihnen tritt nun ein neuer großer Plan, der von Ernst Wasmuth in Berlin geplante Orbis Terrarum, d. h. eine Reihe von Duzenden prächtiger Folio-Bände, die in meisterhaften Kupfertiefdrucken Photos aller Länder zeigen. Die Bände Spanien, Griechenland, China, Deutschland, Skandinavien, Nordafrika, Italien, Mexiko, Kanada, Palästina, Jugoslawien, England u. a. sind erschienen, eine Menge weiterer in Vorbereitung. Gegen bequeme Teilzahlung von monatlich 2 M sind die jährlichen drei Bände, die fertig je 24 M kosten, zu beziehen.

Natürlich ist das mehr Geld, als seinerzeit Wasmuth und die „Malerischen und Romanischen Deutschlands“ kosteten. Aber wie unvergleichlich ist auch der Fortschritt gegen die oft so leblos-dürren Wiedergaben von damals.

Die Einleitung ist meist von einem feinen Kenner des Landes geschrieben und führt mehr in die Bilder als in die Erklärungen ein. Dann folgen Seite für Seite die kleinsten Photos in Tiefdruck. Eine mühelose Reise durch die Welt geben diese Bände, und doch auch wieder mehr als eine Reise. Hier sind Joll- und Meisenste überwinden, hier kostet kein Führer Kringselder, hier beträgt kein Wirt den Gast, hier gibt es schlechtes Wetter nur dann, wenn Nebel oder Regen gerade dieser Landschaft ihr künstlerisch wertvollstes Gewand anziehen.

Badischer Teil

Für unsere Krüppel!

B. M. In einer Zeit, in der mit Recht so viel für die körperliche Erleichterung aller Volkskreise geworben und getan wird, sollte auch besonderes Verständnis und besondere Hilfsbereitschaft für alle jene vorhanden sein, denen die Natur das Geschenk eines gefunden Körpers versagt hat. Die Reichs-gerechtigkeitsrechnung im Jahre 1925 hat ergeben, daß in Baden (ohne Kriegsbeschädigte) 9500 Krüppel, 2300 Taubstumme, 1500 Blinde leben. Das sind überraschend große und ernste Zahlen, die eine weitreichende und planvolle Fürsorge notwendig machen. Der Badische Krüppelfürsorgeverein, der in Zusammenarbeit mit den staatlichen und städtischen Behörden, sowie mit den zuständigen Organisationen die Fürsorge für die Krüppel aller Altersstufen betreibt, hat erkannt, daß eine wirksame und nachhaltige Beseitigung der Krüppelnot in der Erwerbsbefähigung dieser armen Kranken bestehen muß, und daß vor allem das wirtschaftliche Moment in den Vordergrund zu treten hat, das den Krüppel aus dem Kreis der Almosenempfänger heraushebt. Dabei darf auch das seelische Moment nicht vergessen werden; die Krüppelfürsorge will ausgeduldet und verbitterten Menschen freie, innerlich frohe Persönlichkeiten machen. Mit der Erwerbsbefähigung der Krüppel können sich die einzelnen Meister nicht befassen, da die Anlernung von besonderen Kunstgriffen notwendig ist. Es ist deshalb eine Zentralisierung notwendig, die nur in besonderen Lehrwerkstätten erreicht werden kann.

Zur Verwirklichung dieser wertvollen sozialen Bestrebung, der Einrichtung von Lehrwerkstätten für die Krüppel, veranstaltet der Badische Landeskrüppelfürsorgeverein vom 17. bis 25. Juli mit Genehmigung des Ministeriums des Innern eine Sammlung, die gewiß weites Entgegenkommen und verständnisvolle Unterstützung aller Volkskreise finden wird.

Tagung des Südwestdeutschen Kanalvereins

St. Mannheim, 29. Juni. Der Südwestdeutsche Kanalverein, der gestern und heute in Mannheim und Heidelberg seine Tagung abhielt, machte heute früh eine Fahrt auf dem kanalisierten Neckar vom Mannheim nach Heidelberg. In Heidelberg wurden die Teilnehmer von Oberbürgermeister Dr. Walz empfangen und zur Stadthalle geleitet.

Die dort abgehaltene Hauptversammlung wurde in Vertretung des verhandelnden ersten Vorsitzenden von Rechtsanwalt Linder, Mannheim, geleitet. Der Jahresbericht, der von dem genehmigt wurde, erwähnt die Widerstände, die die Fortführung der Kanalbauarbeiten des Neckars sich entgegenstellten. Besonders die Reichsbahn habe die Wasserstraße als eine unangenehme Konkurrenz bekämpft.

Eine Sitzung des Vorstandes und des Großen Ausschusses, auf der Geheimrat Dr. Thierex Bericht erstattete, forderte in einer Entschließung, daß alle neuen Kanalpläne einer Prüfung auf Wirtschaftlichkeit zu unterziehen seien, daß aber in der Ausführung begriffene Wasserstraßen weiter ausgebaut werden sollten. Auch im Reichstag hätten sich Widerstände geltend gemacht. Die vertraglich festgelegte Jahresrate sei zwar bewilligt worden, aber ein Antrag auf Bewilligung der Mittel für die Wiederaufnahme des Baues an der Staustufe Gorkheim und Oberflingen mußte wieder zurückgezogen werden. Dafür hätte aber die Reichsarbeitsverwaltung und die württembergische Regierung erhebliche Mittel aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge bereitgestellt, so daß die Bauten in Angriff genommen werden könnten. In den weiteren Aufgaben des Vereins gehört die Förderung nach Beschleunigung des Bauteilpos, sowie auch die baldige Inangriffnahme der Wasserregulierung Cannstatt-Münster.

Derassenbericht des Direktors Peltzig wurde genehmigt. Der Berichterstatter machte darauf aufmerksam, daß man an eine Erhöhung der Beiträge werde denken müssen, wie sie auch im Vorstand und Großen Ausschuss besprochen sei. Die ausstehenden Mitglieder wurden wieder gewählt bis auf Kommerzienrat Hahn, Mannheim, der die Wiederwahl ablehnte, und für den Kommerzienrat Leo Stinnes, Mannheim, gewählt wurde. Ferner wurde Stadtbauinspektor Esslinger, Mannheim in den Ausschuss gewählt.

Am Schluß der Tagung wurde beschlossen, an den ersten Vorsitzenden, Geheimrat Brudmann, Stuttgart, ein Begrüßungsgramm zu senden, und eine vom Vorsitzenden vorgelegte Entschließung gutzugeben, in der u. a. die unmittelbare Fertigstellung der ersten zusammenhängenden Kanalstrecke Mannheim-Heidelberg begrüßt wird. Mit Befriedigung dürfte festgestellt werden, daß nunmehr die Fortsetzung der Kanalbauarbeiten von Heidelberg hinaus flussaufwärts gesichert sei. Die Entschließung, befristet dann eine Beschleunigung des Bauteilpos und bittet die zuständigen Stellen, nichts unversucht zu lassen, um Heilbronn wesentlich früher, als in dem vorhergehenden Jahre 1925, mit dem Kanal zu erreichen. Für die Förderung der Bestrebungen des Vereins wird sodann den

beteiligten Stellen in der Entschließung der Dank ausgesprochen und schließlich für unbedingt erforderlich gehalten, daß zur Beseitigung der schweren Hochwassergefahren für Cannstatt die Arbeiten an den Staustufen Cannstatt und Münster baldigst in Angriff genommen werde.

Die Entwicklung des Kaliverts Duggingen

Aus dem Geschäftsbericht des Burbach-Konzernes, dem die Gewerkschaften Baden und Markgräfler angehören, ist zu entnehmen, daß sich die Badischen Kaliverte weiterhin sehr günstig entwickelt haben. Wegen der vorzüglichen Beschaffenheit des Kalilagers sei die vorläufige Beteiligungsziffer von Schacht Baden, die von der Kaliprüfungsstelle mit 36 Proz. der Durchschnittsquote festgesetzt war, durch die Kaliberufungsstelle auf 45 Proz. gleich 2,088tausendstel erhöht worden. Dem Schacht Markgräfler, der sogar noch günstigere Verhältnisse aufweise, habe die Kaliberufungsstelle nur eine vorläufige Beteiligungsziffer von 45 + gewährt. Es unterliege keinem Zweifel, daß die Kaliberufungsstelle auch hier die entsprechende Erhöhung vornehmen werde. Die Gesamtbeteiligung der im Konzern zusammengeschlossenen 23 Werke betrage 174,59tausendstel. Die ganz modernen Tagesanlagen von höchster Leistungsfähigkeit seien für den Schacht Baden fertiggestellt und gingen auch bei dem Schacht Markgräfler ihrer Vollendung entgegen. Die großzügige Chloralkaliumfabrik mit Kesselhaus und elektrischer Zentrale wird um die Mitte des laufenden Jahres in Betrieb genommen werden.

Gemeinde-Rundschau

Von den Badischen Sparkassen. Die Spareinlagen bei den öffentlichen Sparkassen Badens wuchsen im Monat April weiter um 6,9 Millionen Mark (im März um 4,8 Millionen) auf insgesamt 177,7 Millionen Mark. Ende April 1926 war erst ein Bestand von 101,8 Millionen erreicht. Die Giro- und Einlagen gingen im April um rund 300 000 M auf 32,1 Millionen Mark zurück. Vor einem Jahre hatten sie 28,4 Millionen Mark betragen.

Geschäftsbericht 1926 des Kreises Offenburg. Der Kreis Offenburg erstattete seinen Geschäftsbericht für das Jahr 1926. In ihm sind die Rechnungsergebnisse für die Jahre 1925 bis 1926 verzeichnet, die mit einer Mehreinnahme von 13 000 M abschließen. Die Darstellung des Vermögens und Schuldenstandes ergibt eine Vermehrung des Vermögens von 12 900 M. Der vorläufige Steuerfuß von 2,8 Pf. reicht aus für die Bedürfnisse. Eine Erhöhung brauchte nicht vorgenommen zu werden. Im letzten Jahre trugen die Einnahmen 1 100 000 M und die Ausgaben 1 022 000 M, so daß ein Überschuss von rund 78 000 M zu verzeichnen ist. Der günstige Abschluß rührt hauptsächlich daher, daß zum Ausbau der Necktalbahn der in Aussicht gestellte Kreisbeitrag nicht in Anspruch genommen werden mußte, weil die Reichsbahngesellschaft sich nachträglich entschlossen hat, diesen Aufwand ganz auf sich zu nehmen. Eine große Belastung bedeuten für den Kreis die Begebaukosten und er hat deshalb an die Regierung den Antrag gestellt, an der Kraftfahrzeugsteuer verhältnismäßig beteiligt zu werden. Der Vorschlag für das Jahr 1927/28 ergibt, daß eine Erhöhung des Anlagefußes gegenüber dem Vorjahre nicht notwendig ist. — In zehn Wandererfürsorgestellen wurden 46 499 Wanderer versorgt und diesen Unterkunft gewährt. Der Aufwand betrug 86 000 M, wozu der Kreis 23 900 M aufgeschossen hat. Der Bericht gibt weiter Aufschluß über die Tätigkeit der Kreiswinterschulen.

Der Bürgerausschuß Konstanz beschäftigte sich dieser Tage mit der Festsetzung des städtischen Steuerfußes für das Rechnungsjahr 1926. Es wurde festgesetzt 136 Pf. von je 100 M Steuerwert der Grundvermögens, 54 Pf. vom Betriebsvermögen und 1020 Pf. vom Gewerbevermögen. Ferner wurde die Vorlage betreffend Festsetzung des vorläufigen Steuerfußes für 1927 nach sehr erregter Debatte vom Stadtrat zurückgezogen. Der Oberbürgermeister betonte in längerer Rede, daß nach Ansicht des Stadtrates der Steuerfuß fast bis zu einem Drittel gesenkt werden könnte, wenn alle Bürger ihre Steuererklärungen richtig abgeben würden. Des Weiteren wurden 6 Prozent Gemeindebiertsteuer beschlossen.

Wetterbericht der Landeswetterwarte Karlsruhe. Das flache Druckgefälle von dem Teichhof über Polen zur Biscaya-Gilone, das sich seit gestern über dem Festlande entwickelt hat, stellt bei uns weiterhin stärkere Erwärmung in Aussicht. Einige tiefe Druckrinnen mit stellenweise starken Temperaturgegensätzen hat in Frankreich bereits heute Morgen Gewitterbildung hervorgerufen, die voraussichtlich auch auf Baden übergezogen wird. Für morgen wird weiterhin mit Gewitter bei schwüler Witterung zu rechnen sein. Voraussichtliche Witterung für Freitag: Schwül, vielfach Gewitter.

Dabei ist der Wert durchaus in das Materische gelegt und somit die Gefahr kunstgeschichtlicher Langeweile glücklich vermieden. Man erlebt von jeder Gegend das, was einem innerlich von dort bleiben würde, den einen Sekundeneindruck, der schließlich die Quintessenz einer Landschaft, eines Palastes, eines Domes usw. darstellt. Und wie gut Verlag und Herausgeber das Wertvollste getroffen haben, das bezeugen auch die teureren Werte, Jahnke, dreifigtes, fünfneunzigstes Tausend, das sind doch Zahlen, deren Beweiskraft durchschlagend ist. Da rauchen die Schöte der Fortschritt Kohlenwerke, da dämmert London im Nebel auf, da prangen englische Herrensitze in unmaßstablicher Vornehmheit. Spanien in der Meisterlamina Diefchers wird zu einem nie geahnten Erlebnis — mir fiel dabei eine Briefstelle Rainer Maria Rilkes ein, der mir am Weihnachtstage 1912 schrieb: „Hier bin ich weit im südlichen Spanien, recht aus der Welt. Aber wo eine Affahrt, fängt die andere an, und von dieser hier mag man wohl sagen: Was für eine! Es ist unbeschreiblich, wie dieses ganze Spanien noch immer in einem einzigen unbeschäftigten Heroismus zum Himmel steht.“

Auch der Italien-Band, dessen Einleitung Wils. v. Bode schrieb, zeigt Bilder, die man dort ja gar nicht oder nur viel zu flüchtig sah. Skandinavien fand ich weniger gut — man sollte Dänen oder Felder nur dann wiedergeben, wenn sie wirklich kennzeichnend für das Land sind und nicht nur ausgezeichnete Bilder. In dem Deutschland-Bande hat Oberhart Hauptmann die Einführung gegeben, und ich denke, er war nicht in seiner glücklichsten Stunde dabei. Um so köstlicher sind die Bilder, von denen man wohl mehrere Bände gewünscht hätte. Wahre Wunderwerke photographischer Kunst gleiten an uns vorbei, über dem Dome von Limburg bräut ein schwerer Wolkenhimmel, Nügens Kreidefelsen glänzen fast metallisch in der Sonnenglut, majestätisch spiegelt sich Baubau in den Kluten, und das Gestein überstürzt der Warburg löst das Auge geradezu wohnen in seiner köstlichen Idylle.

Man kann wirklich nichts Schöneres schenken als diese Bücher, welche die Wiedergabe der Welt in Bildern für unsere Zeit wahrhaft vorbildlich geben. Einige Wünsche für die Neuauflage sollen nicht verschwiegen werden. Ich hätte

gern die Interstitien geprüfender, als sie sind. Bei geschichtlichen Bauwerken genügt dem Gebildeten die Bezeichnung „mittelalterlich“ nicht, das Jahr der Erbauung, vielleicht auch Bauherr und Baumeister sind dringend nötig. Und wir würden dankbar sein, wenn uns etwa eine Zeile unter einer Kirche sagte: früher Festung. Die Einseitigkeit ist nicht immer gewahrt, und oft ließe sich auch ein Ortsname verdeutschen. Jhan z. B. ist doch Jüden, das Kloster Yuste heißt deutsch: St. Justiz. „Das Bischofsgrab“ wäre gleich wesentlich, wenn wir den Namen des Bischofs und sein Todesjahr erfahren, und ob die Niesenstube nicht ein Grabmal war, weiß doch der Herausgeber sicher, viele von uns aber nicht. — Vieles sich nicht, um das herumwägen der großen Bände zu vermeiden, die hoch- und Querformate zusammenstellen?

Ich mag nicht tadeln, wo soviel zu loben ist wie hier! Geht hin und lauft euch eins von den Büchern, dann seid ihr sicher gefangen wie ich und bestellst die andern! Gerade heute, wo der Gebildete kaum noch große Reisen unternehmen kann, sind solche Bücher ein wahres Labfal. Sie sind wie ein Blick aus dem Fenster der Welt, ein Blick in Vergangenheit und Gegenwart hinein, ein Blick in fremden Sonnenchein und fremdes Unwetter. Zieht man dann den Kopf wieder in die Alltagsstube der Heimat zurück, so ist er voll tiefer Erinnerungen und voll eines feinen Trostes: Gott sei Dank, daß er so vieles Herrliche schuf! Und so arg die Zeiten auch sein mögen: Es stehen Mauern, die noch Argerees sahen und doch blieben, was sie waren!

Gerhard Hefes 50. Geburtstag feiert die Stadt Konstanz in Erinnerung an die fruchtbarsten Jahre, die der Dichter am Bodensee verbracht hat, durch einen Festakt im Stadttheater, der durch Oberbürgermeister Dr. Moerike eröffnet wird und in dessen Mittelpunkt eine Ansprache des schwäbischen Dichters Martin Lang steht. Im Kunstverein Konstanz wird eine Ausstellung von Originalaquarellen des Dichters gezeigt. Die Stadt Konstanz will mit dieser Veranstaltung von neuem ihrer Aufgabe dienen, südwestdeutsch-alemanische geistige und künstlerische Kultur zu pflegen.

Aus der Landeshauptstadt

Deutsche Turn- und Sportausstellung Karlsruhe 1927. Am Montagabend begannen die turnerischen und sportlichen Vorführungen vor der Ausstellungshalle. Die Polizeisportschule Karlsruhe trat als erste auf den Plan. Die Vorführungen, die von Oberleutnant Heller geleitet wurden, zeigten die hervorragende Durchbildung der Polizeisportler und gaben auch ein Bild von der neuen Art der Ausbildung bei der Polizei. Es wurde moderne Gymnastik vorgeführt, mit dem Medizinball gearbeitet und an der Sprossenwand geturnt. Nach der Polizeisportschule wurde durch die Schülerinnen von Fräulein Hütger vorgeführt. Die Spannungs- und Entspannungsübungen zeigten deutlich, auf welche Weise durch diese Gymnastik der Körper erholt wird und wie er zu schönen, leichten Bewegungen erzogen werden kann. Auch diese Vorführungen fanden lebhaftes Interesse.

Badisches Landesopernhaus. Für Samstag, den 2. Juli, wird durch Edith Bielerfeld eine Neueinführung von Debüts gefälligen Ballett „Sylvia“ vorbereitet. Das prächtige Werk, das hier seit 20 Jahren nicht gegeben wurde, beschäftigt das ganze Ballettensemble, teils in solistischen Aufgaben, teils in Ensembleleistungen. Der musikalische Leiter des Abends ist Dr. Heinz Knöll, die Szenische Regie hat Helmut Große.

Die Konzertdirektion Kurt Neufeldt teilt uns mit, daß sie in der jetzt abgelaufenen Saison (vom 16. September 1926 bis zum 2. Juni 1927) 51 Veranstaltungen vorbereitet hat und zwar: 10 Klavierabende, 8 Vorträge, 6 Kammermusikabende, 6 Konzerte Violine und Klavier, 6 Wiederabende, 4 Operkonzerte, 4 Orchesterkonzerte, 3 Rezitationsabende, 2 Tanz-Vorführungen und 1 Wiederabend zur Laute. Bis auf eine Abgabe (Rafagni-Konzert) konnten alle angekündigten Veranstaltungen ordnungsmäßig stattfinden.

Kurze Nachrichten aus Baden

Eppingen, 20. Juni. Die Tagfahrt des bäuerlichen Versuchsrings „Elsengau“ konnte letzten Montag nahezu planmäßig durchgeführt werden. Auf dem landwirtschaftlichen Lehrfeld bei Eppingen begrüßte der Vorsitzende Gütschewitz die aus dem ganzen Landwirtschaftsbezirk Eppingen recht zahlreich erschienenen Teilnehmer und besonders die Vertreter des Staates, der badischen Landwirtschaftskammer, der Gemeinden- und Dünge-mittel-Syndikate. Der Vorstand der Abteilung für Versuchswesen in der bad. Landwirtschaftskammer, Landwirtschafts-rat Oberhard, gab darauf einen kurzen Überblick über die Entwicklung des Versuchswesens in Baden. Die Befestigung des Lehrfeldes bildete gewissermaßen die Einführung in das Wesen und die Art der in den einzelnen Anlagengemeinden zur Durchführung gelangenden Felderfahrungen, was zum besseren Verständnis der weniger Eingeweihten wesentlich beitrug.

St. Ettiingen, 30. Juni. Wegen Brandstiftung wurde hier das in der Nähe von Freiburg gebürtige 17-jährige Dienstmädchen Gertrud Maier festgenommen, das beschuldigt wird, einen am Dienstag bei dem hiesigen Bäckermeister Müller ausgebrochene Dachstuhlbrand vorsätzlich durch Anzünden von Heißgülden verursacht zu haben. Die Tat soll aus Rache erfolgt sein, nachdem das Mädchen wegen eines Vorkommnisses zurecht gewiesen worden war.

St. Baden-Baden, 29. Juni. Die Große Baden-Badener Rennwoche, die in den Tagen vom 26. August bis 4. September stattfinden, verpflichtet die bedeutendste rennsportliche Veranstaltung der Nachkriegszeit zu werden. Zum ersten Mal werden auch die Franzosen sich wieder an dem Rennen beteiligen. Der Pariser Rennwettbewerb ist ausgezeichnet. Von Deutschland werden alle bedeutenden Ställe in Hirschheim vertreten sein.

St. Wehr, 20. Juni. Medizinrat Dr. med. h. c. Georg Kerner konnte in diesen Tagen auf eine 50-jährige ärztliche Tätigkeit in Wehr zurückblicken. Seine Verdienste sind schon vor längerer Zeit durch die Gemeinde Wehr insofern gewürdigt worden, als ihn die Gemeinde Wehr zu ihrem Ehrenbürger ernannt hat. Anlässlich seines 50-jährigen Arztubi-

länms wurde dem verdienten Arzt durch den Gemeinderat eine Ehrenurkunde überreicht, in der ihm davon Kenntnis gegeben wurde, daß die Spitalstraße von jetzt ab „Georg Kerner-Straße“ heißen soll.

Die deutschen Bodenkreditinstitute

Der Absatz der Pfandbriefe und damit die Möglichkeit, Hypotheken auf landwirtschaftliche und städtische Grundstücke zu erlangen, hat sich in den letzten Monaten bekanntlich sehr erheblich verschlechtert. Das Jahr 1926 aber war im ganzen ein Jahr der Hochkonjunktur für den deutschen Realcredit. Wie in der vom Statistischen Reichsam herausgegebenen Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ ganz zureichend festgestellt wird, war das in erster Linie ein Verdienst der Sparbanken, die für ihre schnell anwachsenden Spareinlagen Anlage in fest verzinslichen Werten suchten und Rangels anderer Wertpapiere hauptsächlich Goldpfandbriefe ankauften. Der Pfandbriefumlauf aller deutschen Bodenkreditinstitute ist im Laufe des Jahres 1926 von 1,27 auf 2,65 Milliarden Mark gestiegen, hat sich also mehr als verdoppelt. Dazu kommen dann noch die Liquidationspfandbriefe der Hypothekenbanken, deren Umlauf Ende 1926 bereits einen Betrag von 167 Millionen Mark erreicht hatte.

Die Zunahme des Pfandbriefumlaufs um mehr als vier Milliarden Mark in einem einzigen Jahre übertrifft bei weitem das Pfandbriefgeschäft in den Vorkriegsjahren, in denen im günstigsten Falle der Umlauf um eine halbe Milliarde zunahm. Erheblich gestiegen ist im Jahre 1926 auch der Umlauf an Kommunalobligationen der Hypothekenbanken und öffentlichen Kreditanstalten, nämlich von 143 auf 510 Millionen Mark. Der Gesamtabsatz an Pfandbriefen, Kommunalobligationen und ähnlichen Schuldverschreibungen beträgt somit im Jahre 1926 rund 1,65 Milliarden.

Mit der starken Steigerung des Umlaufs war gleichzeitig eine erhebliche Senkung des Zinsfußes verbunden. Während von den Pfandbriefemissionen des Jahres 1925 noch fast die Hälfte auf zehnprozentige Papiere entfiel, steht bei den Pfandbriefemissionen des Jahres 1926 der achtprozentige Zinsfuß durchwegs im Vordergrund. Gegen Schluß des Jahres gewinnen bereits die siebenprozentigen Emissionen an Bedeutung.

Durch die beträchtliche Umlaufsteigerung der Pfandbriefe haben die deutschen Bodenkreditanstalten ihr Aktiengeschäft, also ihre Hypothekengewährung in starkem Umfange ausdehnen können. Zu den Mitteln aus der Pfandbriefbegebung kommen noch 359 Millionen hinzu, die die deutsche Rentenbankkreditanstalt im Laufe des Jahres 1926 zur Verfügung stellte. Insgesamt haben sich bei den deutschen Bodenkreditinstituten

die Bestände an landwirtschaftlichen Hypotheken um 781 Millionen Mark, die an städtischen Hypotheken um 957 Millionen Mark und die an Kommunalanleihen um 475 Millionen Mark erhöht. In den ersten beiden Monaten des Jahres 1927 hat sich der Umlauf von Pfandbriefen noch weiter um 231 Millionen Mark, der an Kommunalobligationen um 113 Millionen Mark vermehrt. Dann jedoch ist die Bewegung fast vollkommen zum Stillstand gekommen, und der Pfandbriefmarkt liegt gegenwärtig verödet da.

Bücheranzeigen

Das Staatshandbuch für Baden herausgegeben vom Badischen Staatsministerium, ist nun nach langjähriger Pause — die letzte Auflage datiert aus dem Jahre vor dem Kriege 1913 — im Verlag G. Braun, Karlsruhe, wieder erschienen. Das betamte und maßgebende, 560 Seiten starke Nachschlagebuch enthält alle badischen Behörden mit namentlicher Angabe aller Staatsbeamten von Gruppe 9 ab, sowie alle in Baden befindlichen oder für Baden maßgebenden Reichsbehörden mit ihren Beamten. Ein umfassendes Personenregister erhöht die Brauchbarkeit des Buches. Das Buch enthält: Die badische Verfassung, Land-

tag, Rechnungshof, Staatsministerium, Ministerium des Innern — Landeskommissare, Staatsverwaltung — Bezirksämter — Polizei — Gendarmerie — Heil- und Pflanzanstalten — Medizinische Verwaltung, Verwaltungsrechtspflege — Verwaltungsgerichtshof — Bezirksräte, Kommunale Selbstverwaltung — Gemeinden — Kreise — Sparkassen usw. — Wirtschaftliche Interessenvertretungen — Handelskammern — Handwerkskammern — Landwirtschaftskammern usw. — Justizverwaltung — Justizministerium — Gerichte — Staatsanwaltschaften — Gerichtsräte — Strafanstalten — Notariate — Grundbuchämter — Standesämter — Ortsgerichte — Rechtsanwaltschaft usw. — Ministerium des Kultus und Unterrichts — Universitäten — Landesmusikschule — Kunstgewerbeschule — Anstalten zur Lehrerbildung — Höhere Lehranstalten — Fachschulen, Volkshochschulen und Fortbildungsschulen — Wissenschaftliche und Kunstanstalten usw. — Die öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften in Baden — Jugendwohlfahrtsbehörden. Ministerium der Finanzen — Domänenabteilung — Fortschiebung — Abteilung für Salinen und Bergbau — Staatsschuldverwaltung — Landes-hauptkasse — Bezirksbauämter — Wasser- und Straßenbau-direktion. Reichsbehörden — Finanzämter — Zollämter — Die badischen Teile des Reichsheeres — Hauptverwaltungsamt — Reichsbank — Reichspost — Reichsbahn. Den Schluß bildet ein alphabetisches Namensverzeichnis. Wer sich über Baden's Behörden und Beamten unterrichten will, für den ist das Staatshandbuch unentbehrlich.

Handel und Wirtschaft
Berliner Devisennotierungen

	30. Juni		29. Juni	
	Geht	Kommt	Geht	Kommt
Amsterdam 100 G.	168.85	169.19	168.83	169.22
Kopenhagen 100 Kr.	112.66	112.58	112.66	112.88
Italien . . . 100 L.	23.30	23.34	23.52	23.86
London . . . 1 Pf.	20.469	20.509	20.471	20.512
Newyork . . . 1 D.	4.2155	4.2235	4.2155	4.2235
Paris . . . 100 Fr.	16.50	16.54	16.505	16.545
Schweiz . . . 100 Fr.	81.145	81.305	81.15	81.31
Wien 100 Schilling	59.32	59.44	59.32	59.44
Prag . . . 100 Kr.	12.485	12.508	12.493	12.513

Staatsanzeiger

Dem Verband zur Wahrung der Interessen der Krankenkassen in Hessen in Darmstadt wurde die Erlaubnis zum Losbetrieb in Baden erteilt.
Karlsruhe, den 24. Juni 1927.
Der Minister des Innern:
J. A. Scheffelder

Personeller Teil

Ernennungen, Beförderungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern
Befördert:
Bezirksbaumeister Karl Rott beim Bezirksamt Bilingen in gleicher Eigenschaft zum Bezirksamt Bruchsal.
Ministerium des Kultus und Unterrichts
Befördert in gleicher Eigenschaft:
Professor Dr. Alois Wuest von der Realschule in Waldkirch an das Realgymnasium in Freiburg i. Br.
Ausgeschieden gemäß Artikel 14 R.P.V.S.:
Fortbildungsschulhauptlehrerin Frau Hedwig Rothfelder in Offenburg; die Hauptlehrerinnen Frau Maria Jäger in Stodach, Frau Theresia Gaf in Mannheim.

Die Bauplanlegung im Gebiet südlich und südöstlich des Karlsplatzes.

Der Stadtrat Karlsruhe hat eine Neueinteilung — Bauplanlegung im Gebiet südlich und südöstlich des Karlsplatzes beantragt.
Tagfahrt zur Abstimmung der beteiligten Grundeigentümer über den Plan findet statt am
Donnerstag, den 21. Juli 1927, vormittags 9 Uhr, im Rathaus in Karlsruhe. (Kleiner Rathssaal).
Spätestens in dieser Tagfahrt sind von den Eigentümern der in Betracht kommenden Grundstücke etwaige Einwendungen gegen den Plan über die Neueinteilung und die Vertauschung oder gegen die Abtretung von Grundstücken zu erheben und die etwa hieraus abgeleiteten Entschädigungsansprüche anzumelden.
Die nicht spätestens in dieser Tagfahrt angemeldeten Ansprüche dieser Art gelten als ausgeschlossen; insbesondere findet eine nachträgliche Geltendmachung derselben im Klageweg nicht statt.
In der Tagfahrt werden die zur Abstimmung Nicht-erschiedenen und die Nichtabstimmenden als dem Plane zustimmend angesehen.
St. 9
Karlsruhe, den 29. Juni 1927. O.-B. 83
Badisches Bezirksamt — Abteilung II.

Stuttgarter Geldlotterie

zur Sebung der Württembergischen Pferdezeitung.
Veranstaltet vom Württembergischen Rennverein.
Ziehung 24. Juni 1927.
In die für Baden genehmigten Lose fielen nachstehende Gewinne:
Nr. 50. —: Nr. 57151. Je Nr. 20. —: Nr. 33233, 48411, 62763. Je Nr. 10. —: Nr. 5621, 6423, 29536, 48082, 48534, 57957, 70504. Je Nr. 5. —: Nr. 5143, 5231, 5502, 5548, 5615, 5624, 6110, 6310, 6384, 6449, 6640, 6811, 6821, 6850, 6912, 6923, 14156, 14376, 14488, 14609, 14641, 14725, 29048, 29148, 29578, 29615, 29803, 29807, 33446, 33495, 33634, 33957, 33980, 48025, 48093, 48261, 48453, 48557, 48700, 48983, 57102, 57167, 57309, 57339, 57883, 57887, 62020, 62253, 62294, 62420, 62482, 62529, 62603, 62604, 62737, 70299, 70367, 70414, 70576, 70901, 70912, 71080, 71242, 71549, 71617, 71828, 71999, Je Nr. 2. —: Nr. 14261, 14265, 29005, 29743, 33693, 57805, 62142, 71179.
Ferner gewinnen je Nr. 2. — sämtliche Losnummern zwischen 1—80000, welche nachstehende dreistellige Endnummern tragen (sofern nicht schon mit höherem Gewinn gezogen): 004, 008, 009, 025, 038, 130, 143, 153, 169, 214, 251, 274, 278, 294, 333, 368, 378, 397, 434, 442, 449, 592, 608, 648, 718, 754, 770, 783, 788, 800, 810, 828, 856, 918, 924, 938, 949.
Gewinnentziehung bis 24. September 1927. O. 519

Operette im Konzerthaus

Morgen Freitag, den 1. Juli 1927
als Eröffnungsvorstellung und die folgenden Tage
der Ausstattungsschlager
Der ORLOW
Karten bei Müller, Kaiserstraße; Holzschuh, Worderstraße; Brunnot, Kaiserallee; Konzerthauskasse und telephonisch (7260) zu Mark 1.50 bis 5.50.

Über 3000 Stück schon verkauft

Das steinerne Meer
Erzählungen aus badischer Landschaft
Von Hermann Stens

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen

Badischer General-Anzeiger — Mannheimer Tageblatt:
Das ist der Wert dieser vierzehn Erzählungen, daß sie Kulturbilder aus der Vergangenheit unserer Heimat sind. Beachtenswert an der nach Inhalt und Form vollständig gehaltenen Sammlung ist innige Verbindung zwischen Landschaft und Menschheit, die es ungewiß läßt, wie das Primäre ist, ob die Leute aus dem Wurzelboden des Landes herausgewachsen sind oder ob der Scholle von denen, die über sie gingen, ihre Eigenart mitbestimmt wurde. Jedenfalls haften ihnen beiden, den Menschen und der Landschaft, frischer Wald- und Erdenrauch an. Daß auch der Stil des Erzählers dem Rechnung trägt und bald derb und fein, bald trocken und voller Humor den stillen Fluß der nicht gerade weltbewegenden Begebenheiten begleitet, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden. So schlicht und dem Volkstum abgelauscht diese Erzählungen sind, die in verschiedenen Zählarten von Heidelberg, Schönau, Dilsberg, Gengenbach, Engen und anderen Städtlein des Badnerlandes sich abspielen, sie sind von einem Dichter geschrieben, der die Dinge durchschaut und in den Herzen der Menschen zu lesen versteht.
H. S.

Preis in Leinen gebunden Mark 3.—

Verlag G. Braun in Karlsruhe
Karl-Friedrich-Straße 14

Druck G. Braun, Karlsruhe



Badisches Landesopernhaus

Freitag, den 1. Juli 1927
* F 30, (Freitagmiete)
Abschiedsvorstellung für Robert Düb
Die weiße Dame
von Boieldieu
Musikalische Leitung:
Alfons Rischner
In Szene gesetzt von Helmut Große
Gabelton Vogel
Anna v. Ernst
Bronn Dub
Dillon Siegfried
Jenny Blant
Margarete Wanta
Mac Jelon Böfer
Knecht Kilian
Landmann Rainbach
Anfang 7 1/2, Ende 10
I. Spectakel 7.— M.

Samst. 2. Juli: Sylvia. So. 3. Juli: Abschiedsvorstellung Dr. Heinz Knöll: Tosca. Montag, den 4. Juli: Vollständige Vorstellung zu halben Preisen: Carmen. Dienstag, 5. Juli: Judith.